Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8283**

14. Wahlperiode 19. 02. 2002

Antrag

der Abgeordneten Andreas Schmidt (Mülheim), Dr. Wolfgang Bötsch, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Norbert Hauser (Bonn), Vera Lengsfeld, Dr. Manfred Lischewski, Dietmar Schlee, Margarete Späte, Dorothea Störr-Ritter, Edeltraut Töpfer, Dr. Hans-Peter Uhl, Andrea Voßhoff und der Fraktion der CDU/CSU

Untätigkeit der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission im Hinblick auf den Abschluss des Hauptprüfverfahrens in Sachen Investitionsbeihilfen für Leuna/Minol

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bei der Europäischen Kommission auf einen zügigen Abschluss des dort anhängigen Hauptprüfverfahrens bezüglich der noch ausstehenden Investitionsbeihilfen für den Neubau der Leuna-Raffinerie in Höhe von ca. 60 Mio. Euro hinzuwirken.

Begründung

Die Europäische Kommission hat im Juli 1997 ein beihilferechtliches Hauptprüfverfahren bezüglich der bewilligten Investitionsbeihilfen für den Neubau der Leuna-Raffinerie eröffnet. Verfahrensgegenstand ist die Frage, ob die Investitionskosten für den Raffinerieneubau künstlich überhöht waren, um auf diese Weise in nicht gerechtfertigter Höhe Subventionen zu erhalten. Nachdem, auch aufgrund heftiger Interventionen der Bundesregierung, bereits im Jahr 1999 die Höhe der geltend gemachten Investitionen nicht mehr infrage gestellt werden konnte, hat die Bundesregierung in der Folgezeit dennoch nicht auf einen zügigen Abschluss des Hauptprüfverfahrens hingewirkt, weil eine solche Entscheidung der Kommission offenbar nicht in die von ihr und der sie tragenden Mehrheit im Deutschen Bundestag kräftig mitgeschürte Verleumdungskampagne gegen die Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gepasst hätte. Offiziell begründet wurde diese Untätigkeit der Bundesregierung damit, dass die Kommission das Hauptprüfverfahren im Hinblick auf noch andauernde staatsanwaltschaftliche Ermittlungen noch nicht abgeschlossen habe (Bundestagsdrucksache 14/5508, S. 11 f. – Antwort der Bundesregierung vom 5. März 2001 auf die schriftliche Frage Nr. 25 des Abgeordneten Andreas Schmidt, CDU/CSU).

Die zögerliche Sachbehandlung hat bereits zu einer, von der Bundesregierung und der sie tragenden Mehrheit im Deutschen Bundestag mit zu verantwortenden, Rufschädigung des Standortes Leuna geführt.

Von den dem Investor zugesagten Investitionsbeihilfen stehen nach wie vor ca. 60 Mio. Euro aus.

Im Hinblick darauf, dass

– es die Staatsanwaltschaft Magdeburg im Oktober 2001 nach intensiver Prüfung abgelehnt hat, ein im Zusammenhang mit den Investitionsbeihilfen wegen des Verdachts des Subventionsbetruges gegen Verantwortliche von MIDER geführtes und mangels Tatverdacht eingestelltes Verfahren wieder aufzunehmen,

– der Generalbundesanwalt im Rahmen der Überprüfung der so genannten Bertossa-Akten des Genfer Generalstaatsanwalts keinerlei Hinweise auf strafrechtlich relevante mittelbare oder unmittelbare Zahlungen nach Deutschland im Zusammenhang mit dem Leunageschäft gefunden hat, und

– der 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages im Hinblick auf die Thematik Privatisierung bzw. Neubau der Erdölraffinerie in Leuna und Veräußerung des Minol-Tankstellennetzes in seiner umfangreichen und insoweit mittlerweile abgeschlossenen Beweisaufnahme ebenfalls keinerlei Hinweise für eine Bestechlichkeit oder Vorteilsannahme deutscher Amtsträger oder Spendenzahlungen an die CDU gefunden hat,

ist kein Grund mehr ersichtlich, das Hauptprüfverfahren weiter zu betreiben. Auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Nachteile, die einem der wenigen erfolgreichen Großinvestoren durch die zögerliche Sachbehandlung bislang entstanden sind und weiter entstehen, erscheint es dringend geboten, dass die Bundesregierung in dem eingangs erwähnten Sinne tätig wird.

Berlin, den 19. Februar 2002

Andreas Schmidt (Mülheim)
Dr. Wolfgang Bötsch
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Norbert Hauser (Bonn)
Vera Langsfeld
Dr. Manfred Lischewski
Dietmar Schlee
Margarete Späte
Dorothea Störr-Ritter
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Andrea Voßhoff
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333